



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# Universitätsbibliothek Paderborn

## Gedanken und Erinnerungen

**Bismarck, Otto von**

**Stuttgart, 1905**

Ein verstümmeltes Baiern wäre ein Bundesgenosse Oesterreichs und Frankreichs gewesen.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-47477](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-47477)

der Pfalz in unmittelbare Grenznachbarschaft mit Preußen gebracht würde, wobei auch weitre Verschiebungen in Anlehnung an preußische Wünsche, die dynastischen Stammlande Ansbach-Bayreuth wiederzugewinnen, und mit Einbeziehung Württembergs in Aussicht genommen waren. Ich ließ mich auf diese Anregung nicht ein, sondern lehnte sie a limino ab. Auch wenn ich sie ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Nützlichkeit hätte auffassen wollen, so verrieth sie einen Mangel an Augenmaß für die Zukunft und eine Verdunklung des politischen Blickes durch badische Hauspolitik. Die Schwierigkeit, Baiern gegen seinen Willen in eine ihm nicht zusagende Reichsverfassung hinein zu zwingen, wäre dieselbe geblieben, auch wenn man die Pfalz an Baden gegeben hätte; und ob die Pfälzer ihre bairische Angehörigkeit bereitwillig gegen die badische vertauscht haben würden, ist fraglich. Als vorübergehend davon die Rede war, Hessen für sein Gebiet nördlich des Mains mit bairischem Lande in der Richtung von Aschaffenburg zu entschädigen, gingen mir aus dem letztern Gebiete Proteste zu, die, obschon aus streng katholischer Bevölkerung kommend, darin gipfelten, wenn die Unterzeichner nicht Baiern bleiben könnten, so wollten sie lieber Preußen werden, aber von Baiern zu Hessen gemacht zu werden, sei ihnen unannehmbar. Sie schienen von der Erwägung des Rangs der Landesherrn beherrscht und von der Stimmenordnung am Bundestage, wo Baiern vor Hessen rangirte. In derselben Richtung ist mir aus meiner Frankfurter Zeit die Aeußerung eines preußischen Reservisten zu einem kleinstaatlichen erinnerlich: „Sei du ganz stille, du hast ja nicht einmal einen König.“ Ich hielt Aenderungen der Staatsgrenzen in Süddeutschland für keinen Fortschritt zur Einigung des Ganzen.

Eine Verkleinerung Baierns im Norden wäre dem damaligen Wunsche des Königs entgegengekommen, Ansbach und Bayreuth in der alten Ausdehnung wiederzugewinnen. Mit meinen politischen Auffassungen stimmte auch dieser Plan, so sehr er meinem verehrten und ge-

liebten Herrn am Herzen lag, ebenso wenig wie der badiſche überein, und ich habe ihm erfolgreich Widerſtand geleistet<sup>1)</sup>. Im Herbit 1866 war eine Vorauſſicht über die zukünftige Haltung Deſtreichs noch nicht möglich. Die Eiferſucht Frankreichs uns gegenüber war gegeben, und niemandem war beſſer als mir die Enttäuſchung Napoleon's über unſre böhmischen Erfolge bekannt. Er hatte mit Sicherheit darauf gerechnet, daß Deſtreich uns ſchlagen und wir in die Lage kommen würden, ſeine Vermittlung zu erkaufen. Wenn nun Frankreichs Bemühungen, dieſen Irrthum und ſeine Folgen wieder gut zu machen, bei der durch unſern Sieg nothwendig hervorgerufenen Verſtimmung in Wien Erfolg hatten, ſo wäre manchen deutſchen Höfen die Frage nahe getreten, ob ſie im Anſchluß an Deſtreich, gewiſſermaßen in einem zweiten ſchleſiſchen Kriege, den Kampf gegen uns von Neuem aufnehmen wollten oder nicht. Daß Baiern und Sachſen dieſer Verſuchung unterliegen würden, war möglich; daß ein im Roggenbach'schen Sinne verſtümmeltes Baiern ſeine Revanche gegen uns im Anſchluffe an Deſtreich geſucht haben würde, war aber wahrſcheinlich.

## VII.

Ein ſolcher Anſchluß würde vielleicht einen größeren Umfang gewonnen haben als die Welfenlegion, welche demnächſt unter franzöſiſchem Protectorate gegen uns Aufſtellung nahm. Daß dieſe im Jahre 1870, abgeſehn von einzelnen verkommenen Perſönlichkeiten, nicht mehr auf der Bildfläche erſchienen iſt, iſt zum großen Theile dem Umſtande zu verdanken, daß ſich Eingeweihte der in Hanover vorbereiteten Verabredung fanden, die mich von den getroffenen Vorbereitungen bis in's Einzelne benachrichtigten

<sup>1)</sup> Baiern trat im Frieden vom 22. Aug. 1866 nur das Bezirksamt Gerſfeld und einen Bezirk um Orb ab, nachdem eine Grenzregulirung zur Wahrung der ſtrategiſchen und der Verkehrsinteressen als erforderlich befunden worden war.